

ANTRAG

Antragsteller*in: *Julian Fritsch*

Tagesordnungspunkt: *16.c. Allgemeine Anträge*

A12: Regierungs- und Parteikommunikation trennen

Antragstext

1 Im April 2024 hat der Rechnungshof einen Bericht^[1] über seine Überprüfung der
2 Social Media Kanäle österreichischer Regierungspolitiker:innen veröffentlicht.
3 In mehreren Fällen war dabei nicht erkennbar, wer für die Kanäle als
4 Medieninhaber fungierte. Außerdem bestand aus Sicht des Rechnungshofs
5 größtenteils eine Vermischung von staatlichen und Parteimitteln bei der
6 Betreuung der Kanäle.

7 Für uns Junge liberale NEOS – JUNOS ist klar, dass Regierungs- und Parteiarbeit
8 strikt voneinander getrennt werden müssen. Wir fordern daher, dass
9 Regierungspolitiker:innen auf Bundes- und Landesebene für die Kommunikation im
10 Rahmen ihres Regierungsamtes sowie ihre persönliche/partecipolitische
11 Kommunikation getrennte Kanäle nutzen, für die auch nur die jeweils geeigneten
12 Ressourcen eingesetzt werden. Um eine angemessene Trennung zu garantieren,
13 sollen zudem Richtlinien für die Nutzung von Social Media Kanälen durch
14 Ministerien bzw. Regierungsmitglieder ausgearbeitet werden.

15 [\[1\]Social-Media-Accounts von Regierungsmitgliedern – Bericht des Rechnungshofs |](#)
16 [April 2024](#)